

DRAFD INFORMATION



Verband Deutscher in der Résistance, in den Streitkräften der Antihitlerkoalition und der Bewegung »Freies Deutschland« e.V.

Oktober 2009

Ehrung für Antifaschistin Dora Schaul

Gedenktafel am Dammweg 73 in Berlin-Treptow erinnert an hochgeachtete Résistancekämpferin



Mehr als drei Jahre nach der Ehrung für Dora Schaul im südfranzösischen Brens zog Berlin, die Heimatstadt der deutschen Antifaschistin, halbwegs nach. Seit dem 8. August 2009 erinnert am Dammweg 73 im Stadtteil Treptow, ihrem letzten Wohnsitz, eine Gedenktafel an Leben und Verdienste der 1913 in einer jüdischen Kaufmannsfamilie in Berlin Geborenen. Die Ehrung erfolgte anlässlich des zehnten Todestages dieser bemerkenswerten und couragierten Frau. Ausgangspunkt war eine Initiative von – wie es in der Einladung hieß – bürgerschaftlich engagierten Personen, die von der SPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick aufgegriffen und von der Linksfraktion wie von vielen anderen Gruppen und Organisationen unterstützt worden war. Dazu

zählten nicht zuletzt der Treptower Bund der Antifaschisten, das Bürgerkomitee Plänterwald; der Fachbereich Heimatmuseum im Bezirksamt sowie die Vereine »ViVer – Vision und Verantwortung« und WIR TREPTOWER, um nur einige zu nennen.

Im Beisein von vielleicht hundert Teilnehmern, darunter Bezirksbürgermeisterin Gabriele Schöttler (SPD) und der SPD-Kandidat für die Bundestagswahl Kajo Wasserhövel sowie der VVN-BdA-Landesvorsitzende Hans Coppi, Familienangehörige, Weggefährten und Freunde, gab Siegfried Stock als Vorsteher der Bezirksverordnetenversammlung noch einmal einen Überblick über die Vorgeschichte der doch für heutige Zeiten eher ungewöhnlichen Initiative. Oliver Igel (SPD) und Hans Erxleben (Die Linke) begründeten das jeweilige Engagement ihrer Parteien bzw. Fraktionen für Dora Schaul.

Anschließend resümierte Magister Sterenn Le Berre noch einmal den Lebensweg der deutschen Kommunistin und Widerstandskämpferin. Die 26-jährige Deutschlehrerin war extra aus Paris nach Berlin gekommen, um hier ihre Forschungsergebnisse in Sachen Dora Schaul vorzustellen. Sie hatte sich damit auch schon um die im März 2006 erfolgte Ehrung in Südfrankreich verdient gemacht. Seinerzeit war in der Gemeinde Brens, einem Ortsteil der Kleinstadt Gaillac im Département Tarn, rund 50 Kilometer nordöstlich von Toulouse, eine Straße nach der deutschen Antifaschistin benannt worden (siehe auch DRAFD-Information von Juni 2006). Die Route Dora Schaul – eine bis dahin namenlose Regionalstraße – führt vorbei an einem der Internierungslager, in die Frankreich



Enthüllung der Gedenktafel durch Dr. Erhard Reddig.

Fotos: Juliane Haseloff



Dora Schaul

Foto: privat

nach dem Überfall Hitlerdeutschlands auf Polen »unerwünschte Ausländer« deportieren ließ. Dazu zählte auch die 1933 aus Deutschland emigrierte Dora, die in Frankreich Anschluß an die KPD gefunden hatte und nun gleich Tausenden anderen Gesinnungsgenossen und Kampfgefährten hinter Stacheldraht tatenlos zusehen mußte, wie die faschistische Wehrmacht in Frankreich einmarschierte. Doch »tatenlos« war ihre Sache nicht. Wie zuvor schon im überfüllten Frauenlager von Rieucros, aus dem sie gemeinsam mit weit über 300 Frauen im Februar 1942 nach Brens verlegt wurde, half sie auch hier mit, den Zusammenhalt ihrer Leidensgefährtinnen aus vielen Ländern Europas zu organisieren und die menschliche Würde zu bewahren.

Wenige Wochen vor einer zwischen dem französischen Kollaborationsregime und den Besatzern ausgehandelten Deportation nach Deutschland konnte Dora im Juli 1942 aus Brens fliehen und in Lyon untertauchen. Dort fand sie Anschluß an ihre Genossen, die ihrerseits Kontakt zur Résistance hatten. Mit falschen Papieren auf den Namen Renée Gilbert und später Renée Fabre ausgestattet, fand sie nach dem Einmarsch der Wehrmacht in den bis dahin nicht okkupierten Süden Frankreichs im November 1942 Arbeit in deutschen Dienststellen. Hier konnte sie für den Widerstand bedeutsame Informationen abschöpfen. So auch aus den Gestapozentrale in Lyon, die damals von dem berühmten SS-Hauptsturmführer Klaus Barbie geleitet worden war. Der konnte Jahrzehnte danach auch dank ihrer Zeugenaussagen verurteilt wer-

den. Später war sie für CALPO, das im Herbst 1943 gegründete Komitee Freies Deutschland für den Westen, in verschiedenen Funktionen im Einsatz.

1946 nach Deutschland zurückgekehrt, heiratete sie den früheren Rechtsanwalt Hans Schaul, antifaschistischer Widerstandskämpfer wie sie selbst, arbeitete einige Jahre im Parteiapparat der SED und danach als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Institut für Marxismus-Leninismus. Dabei blieb sie stets besonders eng dem Kampf deutscher Antifaschisten in der Résistance verbunden und pflegte die Kontakte zu den französischen Kampfgefährten wie zu den Überlebenden von Rieucros bzw. Brens - zuletzt auch im Auftrag von DRAFD, in deren Vorstand bzw. Beirat sie wiederholt gewählt worden war. Die »grande dame de la Résistance allemande«, wie sie vielfach achtungsvoll genannt wurde, ist, wie der 8. August 2009 bezeugte, unvergessen.

Peter Rau



Seit 2006 trägt in Frankreich eine Straße in der Nähe von Toulouse den Namen Dora Schauls. (Bild oben). Bild rechts: Dieses Denkmal in Lyon, der Stadt, in der auch Dora Schaul lange lebte und im Untergrund arbeitete, erinnert an die vielen Kämpfer der Résistance.

Fotos: privat/Michael Zeidler



Eine Infotafel – gestaltet vom Sohn Peter Schaul – informierte die Besucher über das wechselvolle Leben und den Kampf von Dora Schaul (oben). Foto: Juliane Haseloff



V.l.n.r.: Martin Magzdiak (Vision und Verantwortung), Sterenn Le Berre, (Frankreich) Oliver Igel (SPD-Fraktionsvorsitzender BVV), Dr. Hans Erxleben (Fraktion Die Linke BVV), Dr. Ehrhard Reddig (Bürgerkomitee Plänterwald, PRO Plänterwald), Hans Schaul, Rolf Schieck (BdA Treptow)
Foto: Juliane Haseloff

Für die Partisanen war er »Le Rescapé«

Wie aus einem »Davongekommenen« ein Ritter der Ehrenlegion wurde: Zum Tod von Gerhard Leo

Obwohl es bereits seit einigen Jahren, krankheitsbedingt, still um ihn geworden war, so kam die Nachricht von seinem Tod dennoch überraschend für Freunde, Weg- und Kampfgefährten: Am 14. September ist Gerhard Leo im Alter von 86 Jahren gestorben. Dass er damit sein eigenes Todesurteil, dessen Geschichte er so oft erzählt hat, um mehr als sechseinhalb Jahrzehnte überlebte, kann allerdings kaum ein Trost sein für die Hinterbliebenen ...

Jene so oft erzählte Geschichte führt zurück ins Jahr 1944, in die Jahre der faschistischen Okkupation Frankreichs. Dorthin hatte es elf Jahre zuvor den damals Zehnjährigen mit seiner Familie verschlagen. Auf der Flucht vor den Nazis, die einen Rochus auf den Vater Wilhelm Leo hatten, seit der Sozialdemokrat als Rechtsanwalt und noch dazu jüdischer Herkunft 1927 einem gewissen Joseph Goebbels eine empfindliche Prozessniederlage bereitet hatte. In Paris lernte Gerhard nicht nur, perfekt französisch zu sprechen, sondern wurde auch Mitglied der »Faucons Rouge« (Rote Falken), der



Jugendorganisation der Sozialistischen Partei, wie der dort gegründeten Freien deutschen Jugend, einem Zusammenschluss mehrerer antifaschistischer deutscher Jugendverbände.

Nach dem Einmarsch der Wehrmacht im Frühjahr 1940 konnte Gerhard Leo

zusammen mit seinem Vater in Cazaubon im südfranzösischen Departement Gers untertauchen. Seine hervorragend gefälschten Papiere wiesen ihn fortan als Gérard Laban, Germanistikstudent in Lyon, aus. Im Herbst 1942 war es ihm schließlich gelungen, in Toulouse Anschluss an die Résistance zu finden. In deren Auftrag ließ er sich in einer Kommandantur der Wehrmacht als Dolmetscher anstellen. Hier hatte er Zugang zu wichtigen Informationen für die Widerstandsbewegung. Um einer drohenden Verhaftung zu entgehen, tauchte er im Frühjahr 1944 in Castres im benachbarten Departement Tarn unter, geriet aber wenig später trotzdem in die Fänge der deutschen Abwehrbehörden. Wegen der Verbreitung von Flugblättern der Bewegung »Freies Deutschland« vor ein Kriegsgericht gestellt, drohte dem damals 21-Jährigen – angeklagt wegen Wehrkraftzersetzung und Vorbereitung zum Hochverrat – die Todesstrafe. Auf dem Weg nach Paris, zum Obersten Kriegsgericht der Wehrmacht, geriet er jedoch am 3. Juni im Bahnhof von▶

Kleiner Mann mit großer Geschichte

In meiner Erinnerung bleibt er der kleine Mann mit der großen Geschichte, es bleibt sein sanftes Lächeln, seine Freundlichkeit, seine Ruhe, seine Bescheidenheit.

Es mag 1958 gewesen sein, als er in die französische Redaktion unseres Auslandsrundfunks kam – ich durfte die von ihm in Französisch verfassten „Pages de l'histoire“, die Geschichtssendungen über Nazivorzeit und Hitlerherrschaft, mit ihm zusammen aufnehmen. Später saß er oft in unserer wöchentlichen französischen Diskussionsrunde, zu der auch Dora Schaul, Kurt Goldstein, Harald Hauser, Henryk Keisch und andere Kameraden gehörten. Es ging jeweils um aktuelle Politik, der Blickwinkel war stets antifaschistisch.

Damals kannte ich weder seine Geschichte noch die der anderen Teilnehmer – das Buch „Résistance“ erschien erst später und gab auch mir Aufklä-

rung: 1923 in Berlin geboren, 1933 Flucht nach Frankreich mit den Eltern. Im Zweiten Weltkrieg, blutjung, im Widerstand. Er wird verhaftet, es droht ihm der Tod, aber die Résistance rettet ihn, und in ihren Reihen kämpft er bis zur Befreiung Frankreichs. „Le rescapé“, der Davongekommene, so nannten ihn seine Kameraden. In seinem Freundeskreis kennt man sein persönliches Fazit: Dem Tode entronnen, sei sein weiteres Leben wie ein Nachschlag gewesen. Ein Nachschlag, in dem er sich und seinen Mitkämpfern immer treu blieb – ob als Journalist, Publizist oder Buchautor, nicht zuletzt und bis zuletzt als unermüdlicher öffentlicher Zeitzeuge, vor allem vor der jungen Generation, in Deutschland wie in Frankreich.

Und fremdes Leid blieb ihm nie fremd. So deckte er 1947 als junger Journalist auf, dass im „IG Farben“-Betrieb in Leverkusen nicht nur Erwachsene, son-

dern auch polnische und russische Kinder Zwangsarbeit leisten mussten – so manches Kind überlebte es nicht, ein kleiner Kinderfriedhof auf dem allgemeinen Friedhof der Stadt zeugte davon. In hohem Alter war er jahrelang aktiv in der Initiative gegen Abschiebehäft in Berlin – ihm, der selbst Flüchtling gewesen war, konnte das schwere Los der abgelehnten und eingesperrten Asylbewerber nicht gleichgültig sein.

Zum 60. Jahrestag der Zerstörung des französischen Dorfes Oradour-sur-Glane am 10. Juni 1944 legte er den deutschen Lesern die Übersetzung eines erschütternden französischen Dokuments vor: „Das Tagebuch der Denise Bardet“. Sie war Lehrerin in Oradour, liebte die deutsche Kultur und wurde, wie ihre Schüler, von Deutschen umgebracht.

Wir haben einen konsequenten Antifaschisten und zuverlässigen Kameraden verloren.

Gedenken wir seiner in Demut und Dankbarkeit.

Jonny Granzow

Fortsetzung von Seite 3 Allassac, gewissermaßen in allerletzter Minute, in eine Aktion von Partisanen, die nach einem heftigen Feuergefecht mit den Begleitmannschaften auch ihm zur kaum noch erhofften Freiheit verhalfen.



Nach entsprechender Überprüfung seiner Angaben und Rückfragen bei seinen Genossen in Toulouse wurde er schließlich in ein Bataillon der Francs-Tireurs et Partisans, einer von der KPF aufgestellten bewaffneten Formation des Widerstandes, aufgenommen, die zu den schlagkräftigsten Truppen der FFI, der gerade erst gebildeten Forces Françaises de l'Intérieur, der Französischen Streitkräfte des Innern, gehörten. Seine neuen Gefährten, deren Einheit im De-

partement Corrèze operierte, nannten ihn »Le Rescapé« – den »Geretteten« bzw. »Davongekommenen«. Mit ihnen nahm er an Kämpfen gegen die Okkupationsstruppen, so auch am 8./9. Juni 1944 um die – vorübergehende – Befreiung der Departementshauptstadt Tulle teil.

In dieser kampferfüllten Zeit KP-Mitglied geworden, agierte Gerhard Leo in den letzten Kriegsmonaten als Frontbevollmächtigter des im Herbst 1943 in Frankreich gegründeten Comité »Allemagne Libre« Pour l'Ouest (CAL-PO – Komitee »Freies Deutschland« für den Westen), das seinen Vater zu einem seiner Vizepräsidenten gewählt hatte. Als einer von rund tausend deutschen Antifaschisten, die in der Résistance kämpften, hat sich Gerhard Leo damit bleibende Verdienste erworben. Doch jene Jahre in Frankreich sollten darüber hinaus auch für sein weiteres Leben bestimmend bleiben – und das nicht nur, weil er später, von 1973 bis 1985, zwölf Jahre lang als Korrespondent des »Neuen Deutschland« in Frankreich wirken konnte und in dieser Zeit natürlich auch Kontakt hielt zu seinen ehemaligen Kampfgefährten und deren Organisationen. Seine über die Jahrzehnte bewahrten Bindungen überdauerten auch das Ende der DDR, sie wurden seither in zahllosen Reisen ins Nachbarland eher noch fester.

Wiederholt trat er dabei als Repräsentant der DRAFD auf, zu dessen Grün-

dungsmitgliedern er 1992 gehört hat. So erhielt er im Jahr 2002 als erster Deutscher überhaupt eine Einladung in das Centre de la Mémoire« in Oradour-sur-Glane, jenen Ort, in dem die Waffen-SS am 10. Juni 1944 642 Einwohner bestialisch ermordet hatte, um dort im Rahmen eines Informations- und Bildungsprogramms aufzutreten und Vorträge zu halten. Zwei Jahre später nahm er dort an der Spitze einer ersten – offiziell von der französischen Seite eingeladenen – deutschen Antifa-Delegation am staatlichen Gedenken zum 60. Jahrestag des Massakers teil.

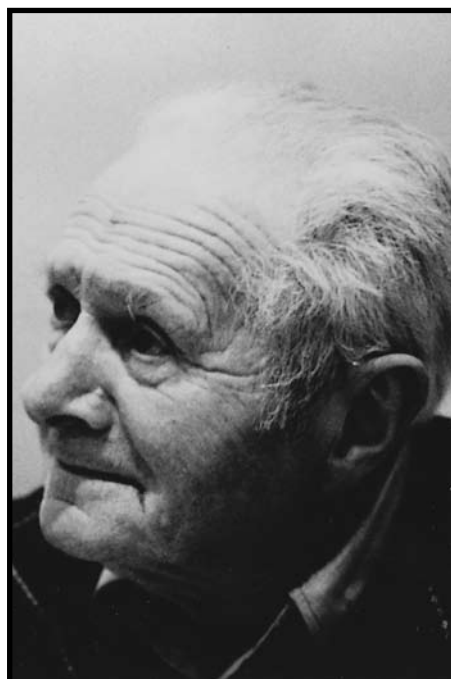
Wenige Monate zuvor war Gerhard Leo anlässlich seines 80. Geburtstages für seinen jahrzehntelangen Einsatz vom damaligen Präsidenten Jaques Chirac zum »Chevalier de la Légion d'honneur«, zum Ritter der Ehrenlegion ernannt worden. In seinen Dankesworten verwies der so Geehrte noch einmal auf die noch immer lebendige Erinnerung an den gemeinsamen Kampf deutscher Antifaschisten und französischer Patrioten und ihre Bewahrung für die Gegenwart und Zukunft. »Es geht um die Vermittlung der Werte, die uns damals bei unserem Kampf gegen die Nazibarbarei über alle Parteigrenzen und Meinungsverschiedenheiten hinweg verbanden: die Souveränität der Nationen, die Wahrung der Menschenrechte, Freiheit und Demokratie, gleichberechtigte Zusammenarbeit der Völker im Frieden.«

Peter Rau

Beileid des Verbandes DRAFD zum Tod von David Gingold

Am 24. Juni 2009 verstarb in Paris unser Kamerad David Gingold kurz vor Vollendung seines 95. Geburtstages. Unser Verband verliert mit David einen mutigen und engagierten Mitstreiter in der Résistance und Frontbeauftragten in der Bewegung „Freies Deutschland“ für den Westen, der sich für die Befreiung Frankreichs und Deutschlands vom Hitlerfaschismus einsetzte. In Frankreich beheimatet, hat er Zeit seines Lebens - besonders durch die Vermittlung von Erfahrungen im politischen Kampf für Frieden und soziale Gerechtigkeit an die jüngere Generation viel getan, um Vertrauen zwischen den Völkern Frankreichs und Deutschlands wieder herzustellen und freundschaftliche Beziehungen zu entwickeln. David Gingold bleibt uns in ehrender Erinnerung.

Kurt Hälker



Wer kann Angaben machen?

Ich suche Angaben zu meiner Mutter Hildegard Cahn (Loner), die im Oktober 1909 geboren wurde und leider 1954 verstarb, als ich gerade mal vier Jahre alt war. Soweit mit bekannt ist, war sie Spanienkämpferin, war in der Résistance tätig, in Ravensbrück inhaftiert und später gehörte sie dem Bundesvorstand des DFD an.

Zu den wenigen Zeugnissen über meine Mutter gehört ein Beileidsschreiben vom 5. Mai 1954, das an meinen Vater Paul Laufer gerichtet ist und den Absender des Vorstandes der VVN Westberlin trägt. Unterschrieben ist es von einem Herrn oder Frau Kissing.

Ich bin im März 1950 in Berlin Pankow zur Welt gekommen, meine Mutter muss ca. ein halbes Jahr vorher aus Neukölln nach Pankow gezogen sein.

Bedauerlicherweise ist mein Vater 1969 gestorben, so dass ich auch ihn nicht mehr über das Leben meiner Mutter befragen kann.

Helmut Brandt

Wer Angaben zu Hildegard Cahn (Loner) machen kann, wende sich bitte an die Berliner VVN-BdA (Jutta Harnisch), Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Tel.: 29 78 41 78, mail: berliner@vvn-bda.org.

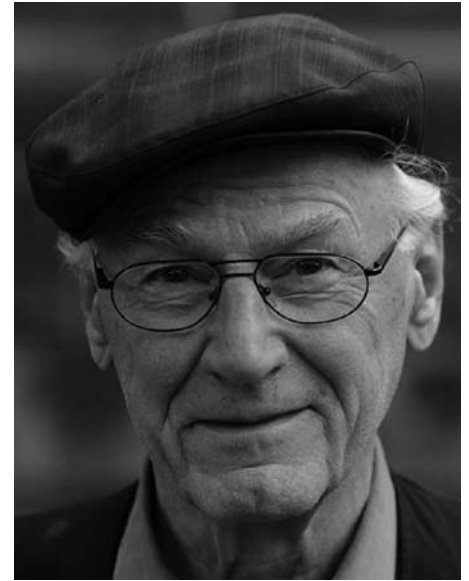
Mehr als fällig – überfällig

Bundestag beschloss Aufhebung aller »Kriegsverräter«-Urteile

Nur spärlich hatten sich die Abgeordneten des Deutschen Bundestages zur letzten Sitzung der laufenden Legislaturperiode am 8. September 2009 versammelt, als der Deutsche Bundestag endlich – 64 Jahre nach Kriegsende – die Rehabilitierung der so genannten Kriegsverräter beschloss. 30.000 Deserteure, Verweigerer und »Kriegsverräter« wurden durch NS-Richter willkürlich zum Tode verurteilt. Etwa 20.000 von ihnen hingerichtet. Nach dem Krieg erfuhren die Überlebenden und ihre Familien, Ächtung und Ablehnung durch Staat und Gesellschaft, wurden zum zweiten Male gedemütigt. Alle diese NS-Unrechtsurteile sind nun aufgehoben. Der 87-jährige Ludwig Baumann, Vorsitzender der Bundesvereinigung »Opfer der NS-Militärjustiz« war an diesem Tag

extra nach Berlin gereist, um an dieser so bedeutsamen Sitzung teilzunehmen: »Ich habe damit meine Aufgabe, für die ich seit Ende des Krieges kämpfte, erfüllt. Das letzte Tabu des NS-Unrechts getilgt, so sagte er nach der Debatte, »ein Traum hat sich erfüllt. Ein langer Kampf ist hiermit zu Ende.«

Vorausgegangen war diesem mehr als überfälligen Akt ein parlamentarisches Possenspiel, das seinesgleichen sucht. Vor drei Jahren hatte die Linksfraktion einen Gesetzentwurf für eine pauschale Rehabilitierung im Bundestag eingebracht, der von SPD und Union immer wieder unter fadenscheinigen Begründungen abgelehnt wurde. Dann legte die große Koalition einen fast wortgleichen Antrag vor, den die Linksfraktion nicht mit einreichen durfte. Ein Vorgehen, dass



in keiner Weise der Brisanz des Problems und der politischen Sachlage angemessen war und für die Opfer nur eine neuerliche Verhöhnung darstellte. Dieser Antrag wurde nun von allen Fraktionen in seltener Einmütigkeit angenommen.

Juliane Haseloff

Der Zweite Weltkrieg: Ursachen, Fakten, Zusammenhänge

Im Gedenken an den Überfall des NS-Regimes auf Polen am 1. September 1939 und dem damit verbundenen Ausbruch des Zweiten Weltkrieges führte die Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung in Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für gute Nachbarschaft zu Polen sowie der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 28. August 2009 ein Symposium durch.

Prof. Dr. Werner Röhr, der über die Genese der deutschen Absichten zum Überfall auf Polen referierte, hob hervor, dass nur die absolute Wahrheit über die Ursachen und Zusammenhänge über den Beginn des Zweiten Weltkrieges zur Versöhnung mit den überfallenen Völkern führen könne.

Der 1. September 1939 sei nicht nur der erste Tag des Krieges gewesen, sondern der Beginn des Weges, der über Abessinien, China, Österreich und das Münchener Diktat zum Weltbrand geführt habe. In seinem Vortrag skizzierte Prof. Röhr die vielfältigen Gründe und Ursachen, die zum 1. September 1939 führten und sparte dabei nicht aus, dass Polen gegen seine Nachbarn seit 1918 eine Reihe von Kriegen geführt hatte,

mit dem Ziel, Großpolen zu schaffen. Ab Sommer 1939 hätte sich die polnische Regierung intensiv bemüht, einen Krieg mit dem NS-Regime zu vermeiden, lehnte aber jede Hilfe der Sowjetunion ab und verließ sich auf die zugesicherten Bündnisgarantien Großbritanniens und Frankreichs – ohne zu wissen, dass beide Staaten sich insgeheim verständigt hatten, Polen erst dann zu helfen, wenn für beide Länder ein positiver Kriegsverlauf zu verbuchen gewesen wäre.

Der polnische Historiker Dr. Tomasz Chincinski sprach über die vielfältigen Aktivitäten des deutschen Geheimdienstes 1939 und über die intensive und hinterhältige Rolle der in Polen lebenden deutschen Minderheit, als „fünfte« Kolonne für das NS-Regime tätig zu werden.

Prof. Dr. Dietrich Eichholtz arbeitete heraus, dass es dem faschistischen deutschen Staat um die wirtschaftliche Beherrschung der Welt gegangen sei. Anhand von Zahlenmaterial und schlüssigen Dokumenten erläuterte er die Rüstungsvorbereitungen des NS-Regimes und belegte das Zusammenspiel von Wirtschaft und Militär. Dabei be-

tonte er, dass sich Hitler sehr wohl über das Risiko seines Weltherrschaftsplanes bewusst, dennoch fest zum Krieg entschlossen gewesen sei.

Prof. Dr. Siegfried Büniger behandelte in seinem Vortrag die verhängnisvolle Rolle der Nichteinmischungspolitik Frankreichs und insbesondere Großbritanniens.

Über die Stimmung und Erwartung der Deutschen sowie die Reaktion der Machthaber zu Beginn des Zweiten Weltkrieges referierte Prof. Dr. Kurt Pätzhold.

Zu Beginn des Krieges – anders als beim Ersten Weltkrieg – hätten die Deutschen wenig Kriegsbegeisterung gezeigt. Dennoch gab es unter ihnen kaum Beunruhigung über das Kriegsgeschehen.

Die Gestapo-Lageberichte hätten gezeigt, dass der Westwall als Schutzwall angesehen und die gesicherte Versorgung der Bevölkerung gelobt worden seien. Von Kriegsbegeisterung konnte dennoch keine die Rede sein. Den Menschen sei der Krieg als Verteidigungskrieg dargestellt worden.

Günter Wehner

Antifaschistisches Exilzentrum Mexiko

Deutsche Intellektuelle und die »Bewegung Freies Deutschland« · Teil 2

Die »Liga Pro-Cultura Alemana« (LPCA) war die erste große politische Vereinigung deutscher Emigranten. 1937 auf Initiative Ernst Tollers (Foto unten) gegründet, der zum 20. Jahrestag der



Oktoberrevolution in Mexiko-Stadt aufgetreten war, arbeitete diese durchaus verdienstvoll, zumal ihr der bedeutende marxistische Wissenschaftler Alfons Goldschmidt 1939 beitrug und deren Renommee erhöhte. Es war keine von der Volksfrontstrategie bestimmte Organisation, galt aber, auch mexikanischen Regierungsbehörden, als Ort einer offiziellen Anti-Nazi-Propaganda und war zunächst das wichtigste Sammelbecken der eintreffenden Exilierten. Eine vielfältige Öffentlichkeitsarbeit konnte aber mit Beginn des Krieges nicht fortgesetzt werden, zumal Goldschmidt verstorben war.

Infolge des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes hatten sich in der LPCA starke antikommunistische Tendenzen entwickelt, die nicht nur durch die Mitgliedschaft des Exkommunisten Gustav Regler bedingt waren. Zudem hatte sich der LPCA-Funktionär Heinrich Gutmann explizit gegen die Bildung und Tätigkeit der zunächst »gedeckt« auftretenden KPD-Gruppe gewandt, auch begünstigt durch eine Erklärung der kommunistischen Fraktion in der Liga, die sich gegen die Westmächte - der damaligen (kontraproduktiven) Linie der Komintern und KPD fegend - richtete

(1940). Unterzeichner der Erklärung waren deren Sprecher Bodo Uhse und Ludwig Renn. Der Konstituierung der BFD im Januar 1942 ging ein mehrmonatiger politischer und geistiger Klärungsprozess voraus. Dieser war umso notwendiger, da sich durch den faschistischen

matischen Grundsätze anzuwenden? Was kommt nach Hitler? Der unmittelbare Prozess der Formierung der Bewegung Freies Deutschland ging zeitlich mit der Herausgabe der Zeitschrift »Freies Deutschland« und der Gründung des »Heinrich-Heine-Klubs« konform. Im Ok-



Ludwig Renn (rechts) mit Vicente Toledano bei der Konferenz des Bundes Freies Deutsch-

Überfall auf die UdSSR die weltpolitische Situation völlig verändert und deshalb strategisch-taktische Konsequenzen zur Folge hatte.

Klärung der Ziele

Die wesentlichen Fragestellungen, die eine Antwort auf Basis der aktuellen Parteibeschlüsse, der veränderten welthistorischen Situation, der Exilbedingungen und der Regierungspolitik Mexikos erforderlich machten, waren:

Welchen Charakter und welche Hauptziele muss die Bewegung haben? Welche potenziellen Bündnispartner sind vorhanden und müssen gewonnen werden? Wie ist das Verhältnis zu deutsch-jüdischen Exilanten (in der Mehrzahl politisch indifferent) zu entwickeln? Welche Positionen sind zu den Hauptmächten der Antihitlerkoalition zu entwickeln? Welche konkreten Formen und Methoden sind zur Umsetzung der program-

tober 1941 trafen ca. 900 meist deutschsprachige und spanische Emigranten in Mexiko ein, u.a. Alexander Abusch, Walter Janka, Günther Ruschin, Steffi Spira, Georg Stibi, Leo und Rudolf Zuckermann. Schon im Dezember wurde auf Plakaten in Mexiko-Stadt die Gründung einer Bewegung »Freies Deutschland« angekündigt. Die zentrale Losung hieß: »Gegen Hitler – an der Seite der Demokratien!« Ein unterzeichnendes Vorbereitungskomitee wurde genannt: Ludwig Renn (Vorsitzender), Waldemar Altner, Paul Elle und Luise Heuser. Renn wurde mit Bedacht vorgeschlagen, künftiger Präsident der BFD zu sein. Auf dem gesamten amerikanischen Kontinent war er eine bekannte und geachtete Persönlichkeit. Der letzte Stabschef der 35. Division der spanischen Volksarmee musste das Land im Februar 1939 verlassen. In St. Cyprien (Frankreich) interniert, kam er mit Hilfe von Luis Aragon frei und gelangte dann, nach Aussprache mit ►

Fortsetzung von Seite 6 Franz Dahlem, dem Leiter der Auslandsabteilung der KPD in Paris, über Großbritannien nach New York. Erika Mann hatte Visa und Geldmittel für ihn und Uhse besorgt. Zunächst hatte die KPD-Führung beabsichtigt, in den USA ein neues kommunistisches Exilzentrum aufzubauen. Das erwies sich als unmöglich. So blieb nur der Weg nach Mexiko.

Programm des BFD verkündet

Am 30. Januar 1942 trat die BFD auf dem Antifaschistischen Kongress der Anti-Nazi-Organisation »Accion Democratica Internacional« (ADI) unmittelbar in die Öffentlichkeit. Anwesend waren 178 Delegierte von 78 antifaschistischen Gruppierungen. Ludwig Renn verkündete ihnen ein Acht-Punkte-Programm der »Freien Deutschen«:

1. Gegen Hitler - für ein »freies demokratisches Deutschland«.

2. Sammlung und Einigung aller Freien Deutschen und ihrer Organisationen ohne Unterschied der Rasse, Religion und Partei.

3. Verteidigung der Demokratie des Gastlandes (das schloss u.a. die Erklärung ein, deutsche »Freiheitsbrigaden« zur militärischen Verteidigung Mexikos aufzustellen, denn zu diesem Zeitpunkt war ein japanischer Angriff auf Mexiko durchaus real- P.F.).

4. Für den Sieg der alliierten Staaten »über Hitler und seine Achsenpartner«; Unterstützung der USA, UdSSR, Großbritanniens, Chinas und der anderen Staaten des Vertrages von Washington vom 1. Januar 1942 (Grundvertrag der Anhitlerkoalition)

5. Unterstützung des Widerstandskampfes in Deutschland; »Einigung des deutschen Volkes zum Sturz des Hitlerregimes«.

6. Für das nationale Selbstbestimmungsrecht aller Völker; Unterstützung des »Befreiungskampfes der von Hitler unterdrückten Völker«; Zusammenarbeit mit den »demokratischen Organisationen« aller Nationen.

7. Vernichtung der 5. Kolonne und Brechung des Einflusses der NSDAP-Auslandsorganisation.

8. Verteidigung und Förderung der »freiheitlichen Kultur«; Anprangerung der faschistischen Verbrechen »am deutschen Volk und allen Völkern der Erde«.

Damit trat »Alemania libre« auf den Plan, neben analogen Bewegungen der

Franzosen, Italiener, Spanier, Belgier, Holländer, Tschechen, Polen und Ungarn. Ludwig Renn stellte besonders heraus, dass der Rahmen der Bewegung nur dort eine Grenze findet, wo der Nazismus und seine Helfer beginnen. Eindeutig wurde von ihm betont, dass die Anhänger der BFD »Gleiche unter Gleichen« sind, also keine Partei oder Organisation eine Führungsrolle beanspruchen soll und darf. Das Programm widerspiegelte neue Herangehensweisen. Besonders wurde das deutlich in der Unterscheidung von faschistischen und bürgerlich-parlamentarischen Staaten und in der Zielstellung, die Bewegung über Mexiko hinaus auszudehnen und als internationales Zentrum zu entwickeln. Die mexikanische Öffentlichkeit und die auf dem amerikanischen Kontinent lebenden exilierten Schriftsteller und Wissenschaftler begrüßten die ersten Schritte der BFD wärmstens, so Bertolt Brecht, Albert Bassermann, Lion Feuchtwanger, Bruno Frank, Ferdinand Bruckner, Albert Einstein, Heinrich Mann und der »Doyen des antifaschistischen Exils, Thomas Mann. Letzterer schrieb: (Foto unten)



»Ich brauche kaum zu sagen, dass ich dieses Programm Punkt für Punkt mit vollster Zustimmung und Genugtuung gelesen habe. Ähnlich zustimmend äußerten sich Pablo Neruda, Vicente Toledano und der Außenminister Mexikos Ezequiel Paddilla u.v.a.

Einige der politischen Initiativen und Aktivitäten der BFD, die die Inhalte und Methoden der politischen Arbeit exemplarisch dokumentieren, waren:

• Anlässlich der Kriegserklärung Mexikos an die faschistischen Achsenstaaten sprach am 24. Mai 1942 Ludwig Renn vor 100.000 Teilnehmern in Mexiko-Stadt. Er versicherte, dass die BFD

eine Verbündete Mexikos sei. Die Rede wurde in der Presse in vollem Wortlaut abgedruckt, vom staatlichen Rundfunk übertragen und Renns Biographie vorangestellt.

• Die Forderung an alle Deutschen in Mexiko und ganz Lateinamerika, die UdSSR zu unterstützen, da sie die Hauptlast des Krieges zu tragen habe;

• Eine Veranstaltung zu Ehren des 25. Jahrestages der Oktoberrevolution im Zeichen des Kampfes um Stalingrad und der Forderung nach Eröffnung der 2. Front durch die westlichen Verbündeten.

• Auf einer Kundgebung in Mexiko-Stadt am 9. November 1942 sprachen Paul Merker und Ludwig Renn über die Notwendigkeit einer »demokratischen Volksrevolution« gegen den Faschismus in Deutschland.

• Kurt Rosenfeld, Präsident der »German American Emergency Conference« in den USA, demonstrierte in einer Rede am 17. August 1942 die Verbundenheit mit der BFD in Mexiko.

• Im Juli 1942 spricht Ludwig Renn im »Radio Nacional« Mexikos gegen den Vansittarismus (Kollektivschuldthese, nach Lord Vansittart, einem britischem Politiker, leugnete die reale Existenz des antifaschistischen deutschen Widerstandes), der verbreitete: »Hitler ist Deutschland!«, Gegenlösung Renns: Die BFD sei ein integrierter Bestandteil des antifaschistischen Widerstandes.

• Im Oktober 1942 fand eine »Antiterrorerkonferenz« in Mexiko-Stadt unter Schirmherrschaft der mexikanischen Regierung statt. Uhse und Merker verlasen den BFD-Appell »Die Verantwortung der Deutschen und die Nazigreuel in der Sowjetunion«.

• Im Januar 1943 widmete sich eine KPD-Funktionärskonferenz dem Thema: »Weitere Arbeit der BFD unter dem Aspekt der Bündnispolitik gegenüber den Auslandsdeutschen und jüdischen Exilanten sowie zur Zurückdrängung der faschistischen Ideologie«.

• Anlässlich des 10. Jahrestages der Errichtung der faschistischen Diktatur sprachen Renn und Toledano am 28. Januar 1943 zu den aktuellen Aufgaben des Kampfes gegen den Faschismus. Unter den 5.000 Teilnehmern im größten Saal von Mexiko-Stadt befanden sich Minister, Offiziere, Regierungsvertreter, Arbeiter, Bauern und Angehörige der Intelligenz; die Reden übertrug der Rundfunk ►.

Fortsetzung von Seite 7 • Am 8. und 9. Mai 1943 tagte der Erste Landeskongress der BFD in Mexiko-Stadt. Der Kongress diente vor allem dazu, den exilpolitischen Repräsentationsanspruch, der mit der BFD und dem »Lateinamerikanischen Komitee der Freien Deutschen« (LAK) vor der alliierten Öffentlichkeit objektiv erhoben wurde, zu dokumentieren und dazu die fast eineinhalbjährige Arbeit zu resümieren.

aus nicht (z.B. die Besatzungs- und Teilungspläne, Abtretung der Ostgebiete).

Das führte zu Kontroversen und zugleich Auseinandersetzungen, besonders mit den Gegenpositionen der rechtssozialdemokratischen Stampfer-Gruppe (USA) und der Organisation »Das andere Deutschland« (Buenos Aires), geleitet von Hans Siemsen.

Der dabei von Führungsmitgliedern der BFD zuweilen erhobene Vorwurf

Freilich hofften die meisten Exilanten, von Moskau bis nach Los Angeles und Mexiko, dass die Deutschen imstande sein werden das Regime des Verbrechens aus eigener Kraft zu stürzen – erst dann würde es seiner humanen Pflicht gerecht. Dieses Junktim von Aufstand und Entledigung der Mitverantwortung setzte die BFD unter Zugzwang, um die Hypothek auf das größere Selbstbestimmungsrecht der Deutschen vor den Alliierten noch einzulösen. Bald erwies sich das als illusionär. Deshalb wurde im »Freien Deutschland« jede noch so



Anna Seghers 1941 bei ihrer Ankunft in Mexico City, wo sie von Pablo Neruda herzlich begrüßt wurde.

Die »Bewegung Freies Deutschland« vereinigte Mitte 1944 ca. 400 Mitglieder, dazu die gleiche Anzahl von »Freunden« (Status für Mexikaner) und erreichte, im Zusammenwirken mit der Zeitschrift »Freies Deutschland«, dem »Heinrich-Heine-Klub« und dem angeschlossenen Verlag »El Libro Libre« eine große Breitenwirkung in Mexiko sowie ganz Lateinamerika. Der Hauptgrund dafür war, dass sie sich bis zum Ende ihrer Tätigkeit 1946 von der objektiven Interessenkongruenz des deutschen Volkes, der von Hitlerdeutschland okkupierten und unterdrückten Völker, aller kämpfenden alliierten Mächte und letztlich von Menschheitsinteressen leiten ließ. Dieser Strategie folgte auch das Anfang 1943 gegründete LAK (Sekretär: Paul Merker, Ehrenpräsident: Heinrich Mann). Durch die Identifikation mit den Zielen der Alliierten, auch nach den Konferenzen von Casablanca, Teheran, Jalta und später Potsdam, ergab sich auch die Übereinstimmung mit der Politik des Gastlandes. Die Beschlüsse der künftigen Siegermächte stets zu verteidigen, galt als Axiom. Diese Auffassung teilten die anderen Exilorganisationen durch-

des Nationalismus und der verkappten Nazi-Gesinnung übertrieb aber die Polemik. Die mit dem Kriegsende wachsende Orientierung auf die sowjetische Deutschlandpolitik machte die Angelegenheit sehr kompliziert, besonders für die Durchsetzung einer erfolgreichen Bündnispolitik mit Nichtkommunisten.

Kontakte zu jüdischen Exilanten

Dabei gab es dennoch Teilerfolge, die sich u.a. in wachsenden Kontakten zur deutsch-jüdischen Exilgruppe zeigten (vermittelt besonders durch den »Heinrich-Heine-Klub« zur Vereinigung »Menorah«). Einen schweren Stand hatten die Beziehungen der BFD zu bürgerlich-konservativen Gruppen, die oft vansittaristischen Parolen folgten. Merker konterte mit der Betonung der Mitschuld großer Teile des deutschen Volkes an den faschistischen Verbrechen, auch gerichtet an einige Vertreter der BFD selbst, besonders Georg Stibi, der noch im September 1942 eine antifaschistische Mehrheit in Deutschland festzustellen glaubte und auch das Problem der Verantwortung der Deutschen ignorierte.



geringe Widerstandshandlung, die sich in Nazideutschland regte, überhöht dargestellt.

Größe und Tragik Paul Merkers

Im engen Zusammenhang mit der Entwicklung einer tragfähigen Bündnispolitik standen die Schlussfolgerungen aus dem Völkermord an den Juden Europas. Von den 72 Texten, die Paul Merker (Foto oben) als Leiter der KPD-Gruppe im »Freien Deutschland« veröffentlichte, befassten sich fünf mit der Frage »Juden in Deutschland«. Es ist in diesem Zusammenhang zu bedenken, dass von etwa 500.000 Deutschen, die nach 1933 Hitlerdeutschland verließen, ca. 90 Prozent jüdischer Herkunft waren. Nur die wenigsten von ihnen waren bereit, nach dem absehbaren Sieg der Alliierten in das Land ihrer Geburt zurückzukehren.

Ausgehend von der marxistischen Charakteristik des Antisemitismus und angesichts der systematischen ►

Fortsetzung von Seite 8 Vernichtung von Millionen Juden ging Merker über dessen sozialökonomische Begründung hinaus und fixierte konkrete Vorstellungen über den künftigen Umgang mit den jüdischen Opfern des Faschismus. Kein anderer Exilpolitiker hat sich dazu so explizit geäußert wie Paul Merker. Ihm genügte es nicht, den Antisemitismus zu verurteilen. Wesentlich waren für ihn folgende Grundsätze:

1. Die Notwendigkeit der Gründung eines jüdischen Nationalstaates.

2. Wiedergutmachung der den jüdischen Bürgern zugefügten wirtschaftlichen Schadens. Auf Kosten des deutschen Staates kann jeder von ihnen nach Deutschland zurückkehren oder sich in einem beliebigen Land niederlassen.

3. Vereinbarkeit der Zugehörigkeit zu einer nationalen jüdischen Organisation mit einer Mitgliedschaft in der BFD.

4. Die Anerkennung der nationalen Zugehörigkeit der Juden schließt deren Anerkennung als ethnische Gruppe ein.

Daraus resultierte u.a. die Zusammenarbeit mit nichtkommunistischen Juden im Rahmen der Gruppe »Menorah« und »Bene Berith«. Außerdem waren mehr als die Hälfte der Kommunisten in Mexiko selbst Juden. Angemerkt sei hier, dass zur gleichen Zeit die sowjetische Führung keine Einwände hatte, dass Juden ihres Landes Kontakte zu zionistischen Organisationen in anderen Ländern hatten. 1947/48 begrüßte die UdSSR die Gründung des Staates Israel – wie auch die SED-Führung.

Neue Politikansätze formulierte Merker auch im Zusammenhang mit der Exildiskussion um Deutschlands Schuld, Verantwortung und Zukunft. Das war geradezu ein Leitthema der gesamten Exilpublizistik besonders der letzten Kriegsjahre.

Hitzige Debatte Koenen/Merker

In der Vielfalt der Meinungen und Thesen gewann der Disput zwischen den Kommunisten Paul Merker und Wilhelm Koenen 1944/45 besondere Bedeutung. Koenen, Leiter der KPD-Gruppe in London, hatte die Diskussion eröffnet.

In der »Freien Tribüne« war wiederholt die Mitschuld der Deutschen an den faschistischen Verbrechen hervorgehoben worden. Zugleich aber habe die deutsche Arbeiterklasse versagt und Verrat geübt, so Koenen. Deshalb hätte es keinen relevanten Widerstand gegen das



Wilhelm Koenen (links) im Gespräch mit Dr. Hans Loch im September 1951.

Foto: Hans Sturm/Bundesarchiv

Regime gegeben. Aus diesem Grund sei es legitim, den Deutschen das Recht auf einen selbstgelenkten Wiederaufbau zu verweigern. Eine notwendige Erziehungsarbeit sei Sache der Siegermächte, wobei den deutschen Antifaschisten nur die Rolle von »Administratoren« zugeordnet war. Merkers Antworten, im »Freien Deutschland« 1944/45 abgedruckt, gehörten zum Differenziertesten, was im Exil zum Thema geschrieben wurde. Selbst Heinrich Mann, der später äußerte, er würde Merker »gern als Reichskanzler« im neuen Deutschland sehen, war von dessen Stil und Sachlichkeit beeindruckt. Der Leiter der KP-Gruppe in Mexiko leugnete das Geschehene nicht, aber er formulierte Voraussetzungen für einen ehrlichen Neubeginn nach dem Kriege. Er schrie nicht »Verrat« oder »unschuldig«, sondern forderte das Nachdenken über die eigenen Fehler, auch seitens der Emigranten, die vor 1933 gemacht wurden. Die in Teheran und Jalta beschlossenen Gebietsabtrennungen stellte er nie in Frage, wusste aber auch, dass ein Neuaufbau aus eigener Kraft erfolgen muss. Jeder verordneten Lösung würde ein neues Fiasco folgen, so Merker. »Sie würde nicht zur Schaffung einer neuen Demokratie in Deutschland führen, sondern (nur) den Untertanengeist verewigen« Eine systemverändernde Umwälzung als eigene Leistung, das war Merkers wichtigste Forderung an das deutsche Volk und die deutsche Arbeiterklasse. Es gab dabei

auch falsche Prognosen, insbesondere die Hoffnung auf einen dauernden Zusammenhalt der Alliierten nach dem gemeinsamen Sieg 1945.

Im Zeichen des Kalten Krieges wurden die Entwürfe des mexikanischen Exils im Westen Deutschlands nicht umgesetzt. Hier wurden alle Schuld und Verantwortungsfragen – geprägt vom Antikommunismus – unter den Tisch gekehrt. Exilanten und Widerstandskämpfer galten lange Zeit als Vaterlandsverräter, zum Teil auch heute noch. Auch in der sowjetisch besetzten Zone bzw. in der DDR wurden die neuen Politikentwürfe angesichts der Omnipotenz der sowjetischen Besatzungsmacht, die ihrerseits Initiativen förderte, aber auch dirigistisch dort eingriff, wo es nicht notwendig war, und der Dominanz der Moskauer Exilgruppe bestenfalls eingeschränkt berücksichtigt. Merker war zwar (in Abwesenheit) wieder in die Parteiführung gewählt worden, aber wenige Jahre später, im Komplex mit der Field-Affäre, erfolgte 1950 sein Parteiausschluss und die Entbindung von allen Funktionen.

Ende 1952 verhaftet, wurde er im März 1955 zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Im Zentrum des Geheimprozesses stand der Vorwurf der »imperialistischen Agententätigkeit« und des Zionismus. Hintergrund waren seine Äußerungen zum Verhältnis von Deutschen und Juden im »Freien Deutschland«, ►



Die Auseinandersetzung zwischen West-Exilanten und der Moskauer Exilgruppe fand ihr trauriges Ende in dem Schauprozess gegen Slansky und weitere Mitangeklagte, der vom 20. bis 27. November 1952 in Prag stattfand.



Blick auf die Anklagebank während des Slansky-Prozesses, in dessen Ergebnis Rudolf Slansky und weitere elf Mitangeklagte zum Tode wegen Hochverrats verurteilt wurden.

Fortsetzung von Seite 9 besonders zur Frage der Entschädigung. In der Folge des XX. Parteitages der KPdSU wurde er aus der Haft entlassen. 1969 verstarb Paul Merker, öffentlich nicht rehabilitiert. Rudolf Feistmann beging Selbstmord. André Simone (Otto Katz), der in Mexiko umsichtig gewirkt hatte, traf das härteste Los. Als Angeklagter im Slansky-Prozess wurde er zum Tode verurteilt und im Dezember 1952 hingerichtet.

Gegen Walter Janka (Bild unten), einst



Leiter der Verlagses ELL, 1956 verhaftet und der konterrevolutionären Verschwörung angeklagt, erging ein Urteil von fünf Jahren Zuchthaus. Als Chefankläger fungierte ausgerechnet Ernst Melsheimer. Der gebrochene Merker trat als Belastungszeuge gegen Janka auf und bestätigte wahrheitswidrig alle Anklagepunkte. Erst 1990 wurde das Urteil gegen Janka kassiert.

Der deutsche Widerstand vermochte es nicht, aus eigener Kraft den Faschismus zu zerschlagen. So gesehen, erreichte auch das kommunistische Exil in Mexiko nur Teilerfolge, konnte zugleich

aber beachtliche, neue Denkansätze finden sowie Erfahrungen und Erkenntnisse gewinnen, die für die demokratische Umgestaltung Deutschlands nützlich waren:

1. Die Geschichte der »Bewegung Freies Deutschland« in diesem Land beweist, dass der hier praktizierte Antifaschismus eine humanistisch-demokratische Bewegung war, in der Gleiche unter Gleichen agierten. Die führende Rolle der Kommunisten, in Mexiko realisiert, war nicht à priori gegeben, sondern musste sich im toleranten Umgang mit den potenziellen Bündnispartnern und Andersdenkenden und zugleich in zähen Auseinandersetzungen in einem widerspruchsvollen Prozess durchsetzen.

2. Die Thematisierung von Schuld, Verantwortung und Zukunft der Deutschen, ein bestimmendes Thema des gesamten deutschen Exils von 1933 bis 1945, erfuhr in Mexiko eine Erweiterung: Eine systemverändernde Umwälzung mit Revolutionscharakter nach der Zerschlagung des Faschismus sei primär nur durch die eigene Leistung (Aktivität) möglich. Sie setzt die rückhaltlose Aufdeckung und Beseitigung der Fehler, die vor 1933 gemacht wurden, durch alle politischen Akteure, also auch der KPD, voraus.

3. Die besonders von Merker formulierten Neuansätze der Politik angesichts des millionenfachen Mordes an den Juden lassen erkennen, dass dieses Verbrechen nicht nur als übersteigerter Antisemitismus definiert wurde. Ihm wurde bewusst, dass die bisherigen Erklärungsversuche nicht ausreichten. Dem Sinn nach erfasste er die Singularität der Shoa und schlug konkrete Maßnahmen zur Wiedergutmachung vor.

Peter Fisch

Hintergründe

Noel Field entstammte einer angesehenen amerikanischen Quäkerfamilie, wurde jedoch in Europa geboren und wuchs in Zürich auf. Er machte in der Zwischenkriegszeit eine diplomatische Karriere im US-Außenministerium. Als überzeugter Kommunist ließ er sich in



Herta und Noel Field 1925 in den USA

dieser Zeit als Informant für die Auslandsaufklärung (INO) des sowjetischen Geheimdienstes NKWD anwerben. Er leitete ab 1941 zusammen mit seiner Frau Herta in Marseille das Unitarian Service Committee (USC). Das USC unterstützte damals antifaschistische Widerstandskämpfer und Flüchtlinge, Spanienkämpfer und andere NS-Verfolgte, die, entweder in Internierungslagern oder in der Illegalität lebend, die Auslieferung an Gestapo und SS zu fürchten hatten. Field nutzte seine Position, um diesem Personenkreis Lebensmittel, Geld, Papiere, medizinische Versorgung und persönliche Informationen zukommen zu lassen. 1949 gerieten die Fields ins Visier kommunistischer Geheimdienste. Zwar gilt der Vorwurf der Spionage für die USA als plump konstruiert, aber Noel, seine Frau Herta und sein Bruder Hermann waren als amerikanische Antifaschisten und Kommunisten in das Geflecht der Verfolgung von Kommunisten vor allem in Ungarn, der Tschechoslowakei, Polens und auch der DDR geraten. Sie befanden sich ohne Prozess und Urteil (in Ungarn und Polen) viele Jahre in Haft. In Prozessen gegen Laszlo Rajk in Ungarn, Rudolf Slansky in der CSSR sowie gegen deutsche Kommunisten wurden sie in Abwesenheit als Hauptbelastungs-»Zeugen« missbraucht. Der erwiesenermaßen erfundene Vorwurf lautete, die Fields seien US-amerikanische Geheimagenten gewesen mit dem Auftrag, die kommunistischen Parteien und die volksdemokratischen Machtverhältnisse zu unterwandern. Wer während des Krieges Kontakt mit Field gehabt oder durch ihn Überlebenshilfe erhalten hatte wurde verdächtigt, für den US-Geheimdienst gearbeitet zu haben.

Kämpfer »für Eure und Unsere Freiheit«

Paul Spalek – ein Deutscher in der polnischen Armee erinnert sich

Mit dem Überfall auf Polen am 1. September 1939 wurden viele Bürger Polens zu den ersten Opfern des Völkermordes. Am Widerstand gegen diesen Vernichtungskrieg nahmen auch ethnische Deutsche teil. Unter ihnen Paul Spalek aus Ranowitz/ Oberschlesien, der zuvor in die deutschen Wehrmacht eingezogen wurde und am 27. Oktober 1943 in Abwesenheit vom Kriegsgericht der 34. Infanterie-Division wegen »Kriegsverrats« zum Tode und zur »Wehrunwürdigkeit« verurteilt worden war. Sein 62-jähriger Vater Heinrich Spalek, ein kleiner Postbeamter, wurde unverzüglich in Sippenhaft genommen, entlassen und musste schwere Arbeit in einer Eisenhütte leisten.

Was ging dem Todesurteil gegen Paul Spalek voraus? Als gebürtiger Oberschlesier »musste ich«, so beginnen seine unveröffentlichten Erinnerungen, »nolens volens dem Einberufungsbefehl zur Hitlerwehrmacht im Oktober 1942 folgen. Während der Verteidigung stand ich wütend... mit »gelähmtem« Mund da. Nach der militärischen Ausbildung kam ich an der französischen Mittelmeerküste zum Einsatz und danach, etwa im Mai 1943, wurde ich in die Stadt Narbonne versetzt, wo ich ... Freunde fand, die ebenfalls wie ich, gegen die Raubkriege und die Hitlerbarbarei waren und sich gegen die passive Mitschuld wehren wollten. Wir waren uns einig Meine, noch vor Kriegsausbruch im geistlichen Seminar etwas erlernte französische Sprachkenntnis, sollte uns bei dem Vorhaben helfen.« Ausgangssperren, Versetzung nach Les Mans und Vorbereitungen auf den Einsatz an der Ostfront sowie eine lang andauernde Fahrt in geschlossenen Waggons via Aachen-Wien-Budapest-Bukarest bis nach Odessa boten Paul Spalek Gelegenheit, »neue Gesinnungsfreunde kennenzulernen«. Mit ihnen kam er »am 5. Oktober 43 an der vordersten Frontlinie am westlichen Dnjepr-Ufer zum Einsatz.« Dort sah er »eine Chance ... und auch meine drei Gesinnungsfreunde mitreißend, habe ich diese am 8. Oktober nachmittags genutzt.«

Nach Aufenthalt in den Gefangenenlagern Poltawa, Charkow und Krasno-



Einheiten der polnischen Streitkräfte in der Sowjetunion im befreiten Warschau m 17. Januar 1945.

gorsk »trat ich freiwillig Anfang Januar 1944 in die polnische Armee ein.« Dieser Verband entstand 1943 unter dem Befehl des Berufssoldaten der Polnischen Streitkräfte Zygmunt Berling. Aus ursprünglich einer Division waren die Polnischen Streitkräfte im Osten Anfang 1945 auf zwei Armeen angewachsen. In ihnen kämpften auch annähernd 2.000 Soldaten deutscher Nationalität.

In den Polnischen Streitkräften im Westen dienten 89.600 Männer, von ihnen stammten ebenfalls viele aus Oberschlesien oder dem Posenschen und aus Westpreußen. Franz Adamiec, Jahrgang 1916, kam aus dem Regierungsbezirk Oppeln. Im April 1938 zum Arbeitsdienst eingezogen, gelangte er im November zur Wehrmacht. Er diente sowohl an der West- als auch an der Ostfront. 1944 verwundet, wurde er nach der Genesung an eine Offiziersschule abkommandiert. Wiederum verwundet, geriet er in US-amerikanische Gefangenschaft, trat in das 11. Polnische Korps unter General Wladyslaw Anders im Westen ein und kehrte nach Schlesien, das nunmehr polnisch war, zurück: »Ich war glücklich, dass ich in der polnischen Armee dienen durfte,« erinnerte er sich. Soldaten wie Adamiec und Spalek waren entweder aus der Wehrmacht desertiert oder in Kriegsgefangenschaft geraten.

Aus 1943 eingeführten Fragebogen, die jeder beantworten musste, der den

Polnischen Streitkräften in der UdSSR beigetreten war und die auch Fragen nach der ethnischen Zugehörigkeit und der militärischen Vergangenheit enthielten, ergibt sich, dass knapp zehn Prozent derer, die sich 1943 in die antifaschistische Kampffront unter dem polnischen Adler einreihen, zuvor als »Volksdeutsche« in der Wehrmacht gedient hatten. So waren z. B. in der Artillerie-Abteilung des jungen polnischen Offiziers und späteren Generals der Polnischen Volksarmee Tadeusz Pioro ►

**Wir finanzieren
diese Zeitung
durch Spenden!**

DRAFD
Postbank Berlin,
Konto-Nr. 5444 18-108,
BLZ 100 00 10

Da der Verband DRAFD als
gemeinnützig anerkannt ist, sind
Spenden steuerlich absetzbar

Fortsetzung von Seite 11 acht bis zehn Deutsche je 100 Soldaten. Die meisten waren zweisprachig, einige sprachen nur deutsch. Am 26. November 1943 überstellte das Oberkommando der Roten Armee 567 Freiwillige aus Kriegsgefangenenlagern dem 1. Korps unter



Zygmunt Berling (Foto). Kleinere und größere Gruppen ehemaliger Kriegsgefangener folgten. Sie verfügten über eine solide schulische und berufliche Ausbildung. Über 70 Prozent von ihnen waren Facharbeiter oder Handwerker in technischen Berufen. Somit hatten sie für die Aufstellung technischer Einheiten besondere Bedeutung. Im 1. Korps wurden aus dem ersten Kontingent ehemaliger Kriegsgefangener der deutschen Wehrmacht 48 Soldaten an eine Offiziersschule abkommandiert, 41 Soldaten zur Korps-Artillerie-Brigade, 13 zur Korps-Panzer-Brigade und 98 zu

weiteren technischen Einheiten. In einer dieser technischen Einheiten diente auch der Katholik und Gegner des Weltanschauungs- und Vernichtungskrieges Paul Spalek. »Mit den ... Grausamkeiten des Naziregimes und seiner Armee konfrontiert, war ich schockierend beeindruckt, als wir vorübergehend einige Tage in den Baracken des befreiten KZ-Lagers in Majdanek einquartiert wurden. Noch stärker war ich geschockt beim Anblick der aus dem KZ-Lager Sachsenhausen befreiten, halbtoten Häftlinge. Ich bin erst ein Jahr später nach dem offiziellen Kriegsende von der Armee entlassen worden, da noch in Südostpolen, in tiefen Wäldern, Kämpfe mit untergetauchten SS-Formationen und ihren treuen ukrainischen Nationalisten tobten. Ich kehrte heim, psychisch und seelisch niedergeschlagen, mit schwerem Herzleiden.«

Paul Spalek hatte, gemeinsam mit seinen deutschen und polnischen Kameraden »für Eure und Unsere Freiheit« gekämpft. Erstmals war »In Gottes Namen für Eure und Unsere Freiheit« im Novemberaufstand 1830 gekämpft worden. In polnischer Sprache waren diese Worte auf der einen, in russischer Sprache auf der anderen Seite der purpurroten Feldstandarten gestickt, die in den Vorpostenstellungen und auf den Schanzen aufgesteckt waren. Die Aufständischen hatten die polnischsprachige Seite vor Augen, während den Soldaten des Zaren, dessen Regime Polen unterdrückte, die russischsprachige Seite zugewandt war. Als Verfasser der Losung gilt der Historiker Joachim Lelewel, der sie erstmals am 25. Januar 1831 öffentlich

gebrauchte. Eine erste schriftliche Fassung der Losung in französischer Sprache findet sich in einem gemeinsam von Joachim Lelewel und Adam Mickiewicz 1832 in Paris redigierten Aufruf des Polnischen Nationalkomitees.

Der vorstehend zitierte Satz begleitet – auf die ersten drei Worte verkürzt – seitdem Polens Kampf um seine nationale und soziale Freiheit.

So auch im Kampf gegen die existenzielle Bedrohung des polnischen Volkes von 1939 bis 1945. Polen stellte nach der Sowjetunion, den USA und Großbritannien die viertgrößte Streitmacht der Antihitlerkoalition. Damit führte es mehr Soldaten ins Feld, als beispielsweise Frankreich. Polens Soldaten kämpften unter sehr schwierigen und wechselvollen äußeren wie inneren Bedingungen zu Lande, zur See und in der Luft. Sie traten im mittleren und nahen Osten, in Nordafrika, Italien, Frankreich, Großbritannien und Norwegen an. Eine polnische Streitmacht von 250.000 Kämpfern nahm in Ost- und Ostmitteleuropa am Kampf für Polens Freiheit und die Befreiung der Völker Europas vom Joch des Hakenkreuzes teil, kämpften in Polen selbst, organisiert in verschiedenen Widerstandsorganisationen, deren größte die Landesarmee (Armia Krajowa AK) und die Volksarmee (Armia Ludowa AL) waren.

An der Befreiung Brandenburgs und Berlins beteiligt waren Verbände der 1. Polnischen Armee, in der auch Paul Spalek diente. Im Zentrum Berlins kämpften die polnischen Soldaten u.a. in der Umgebung des Reichstags und am Brandenburger Tor. Gerd Kaiser

Wer kann Mitglied des Verbandes DRAFD werden?

»Mitglied können alle Personen werden, die ehemals der Résistance, den Widerstandsbewegungen in den von der deutschen Wehrmacht okkupierten Ländern, den alliierten Streitkräften und der Bewegung ›Freies Deutschland‹ angehörten, sowie die vom Naziregime in Sippenhaft genommenen Angehörigen, die die Satzung anerkennen und Beitrag zahlen. Kindern, Enkeln und weiteren Angehörigen, sowie jeder volljährigen Person und Institutionen, die den Zweck des Verbandes bejahen und fördern wollen, steht die Mitgliedschaft offen.« Jahresbeitrag 20,- Euro.

Beitrittserklärung bitte ausgefüllt und unterschrieben einsenden an: DRAFD, Geschäftsstelle Berlin, Bürohaus Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Name/Vorname:.....

Anschrift/Telefon:.....

Datum/Unterschrift:.....

Einsatz im Hinterland

Eine gedankliche Brücke vom Gestern zum Heute

Es waren zunächst zwei Gruppen deutscher Antifaschisten, die auf Bitten und Vorschlag des Nationalkomitees Freies Deutschland und mit Zustimmung des Oberkommandos der Roten Armee nicht nur unmittelbar an der Front, sondern auch im Hinterland der deutschen Truppen, zum Einsatz kamen. Das waren die »Gruppe 117« und die »Gruppe des Nationalkomitees in der 9. Armee«. Sie bestanden aus je vier deutschen Antifaschisten sowie aus den sowjetischen Verbindungsoffizieren. Ich gehörte zu der Gruppe des Major Djatlenko, der auch als Dolmetscher zwischen den Generälen Rokosowski und Paulus gearbeitet hatte. Ernst Appelt, Sohn eines Emigranten, war unser Funker. Alfred Gothe und Theo Zimmermann die weiteren Mitglieder unserer Gruppe.

Gut ausgerüstet sprangen wir in der Nacht vom 26. auf den 27. März 1944 in der Nähe von Minsk ab. Zu dieser Zeit war die deutsche Wehrmacht bereits auf der ganzen Front unter schweren Opfern zurückgedrängt worden und die Rote Armee bereitete die Offensive gegen die Heeresgruppe Mitte, auf deren Territorium wir uns befanden, vor. Im Raum Tscherkossy setzten sich in großer Zahl deutsche Offiziere und Soldaten des Nationalkomitees unter Einsatz ihres Lebens dafür ein, die eingeschlossenen Truppen zu bewegen, sich durch Kapitulation aus ihrer aussichtslosen militärischen Situation zu befreien und ihr Leben für die Zukunft zu retten.

Wir gingen zügig an unsere Arbeit, die uns vor allem 3 Aufgaben stellte:

1. Druck und Verteilung von Flugblättern. Das waren sowohl »operative«, die wir selbst schrieben und druckten, als auch »zentrale«, die wir mitgebracht hatten, wie das »Manifest« oder »25 Punkte zur Beendigung des Krieges«. All unsere Flugblätter trugen in der linken oberen Ecke den schwarz-weiß-roten Stempel des NKfD und die Unterschrift »Wehrmachtsgruppe des NKfD in der 9. Armee«

2. »Aufspüren« von Angehörigen der deutschen Wehrmacht, die geeignet und bereit waren zur Bildung illegaler Widerstandsgruppen des NKfD.

3. Anbringung von Sichtpropaganda an frequentierten Straßen und Plätzen.

Wir bauten uns dazu ein solides Netz von Vertrauensleuten auf, nahmen Kontakt zur Bevölkerung auf, führten Gespräche mit Angehörigen der deutschen Wehrmacht und Überläufern. Dabei fanden wir viel Unterstützung bei der Bevölkerung.

Unsere Arbeit hatte Erfolge aufzuweisen. Das zeigten besonders die Reaktionen des Gegners: In allen Garnisonen, und es waren inzwischen 24 geworden, in denen unsere Flugblätter auftauchten, wurden sofort Befehle erlassen, unsere Ergreifung mit allen Mitteln zu betreiben. Jede Unterstützung für uns wurde unter Todesstrafe gestellt und Kopfprämien bis zu 5.000 Reichsmark ausgeschrieben. In einer »Geheimen Kommando-Sache«, unterschrieben von Sturmbannführer der Waffen-SS, Greimann, an alle Polizei- und Militäreinheiten im Rajon Minsk werden die »Gruppe 117« und unsere als »besonders gefährliche Feindgruppe« bezeichnet.

Wir hatten gerade die Voraussetzungen geschaffen, um uns in der Garnison Logoisk mit einem deutschen Hauptmann zu treffen, als unsere Tätigkeit durch die »Strafexpedition Kormoran«, die unter dem Kommando des SS-Generals Kurt von Gottberg stand, krass unterbrochen wurde. Der Befehl für die 40 eingesetzten Divisionen, unterstützt durch Luftwaffe und schwere Artillerie lautete: »Einkreisung des Partisanengebietes Plescheniz-Logoisk mit anschließender völliger Auflösung«. Unter großen Verlusten gelang es den Partisanen nach mehrmaligen Versuchen, ihre Umzingelung zu durchbrechen. Unsere Gruppe verlor dabei ihren Chef. Major Djatlenko war nur knapp dem Tode entronnen und musste schwer verwundet in einem Sumpfgelände, in dem ein provisorisches Lazarett verborgen war, versteckt werden. Zwei weitere Angehörige unserer Gruppe wurden leicht verletzt und konnten an den weiteren Kämpfen teilnehmen.

Der unerwartete Durchbruch löste Panik bei den Deutschen aus, denn die Partisanen konnten Verbindung zu den rasch vorwärts rückenden sowjetischen Truppen aufnehmen. So fanden jetzt überall Gefechte statt, bildeten sich Kessel, entstanden Lücken in der Front. Wir

versuchten gemeinsam mit den Partisanen, die oft in Gruppen bis zur Kompaniestärke versprengten Deutschen, von der Sinnlosigkeit ihres Kampfes und der Notwendigkeit der Kapitulation zu überzeugen. Es gab einzelne Erfolge; doch in der Mehrzahl wurde »bis zur letzten Patrone« gekämpft.

Diese Zeit meines Lebens bleibt mir in wacher Erinnerung, keineswegs nur als »alte Geschichte« aus dem Widerstandskampf gegen Hitler, sondern als Mahnung für heute. Natürlich gibt es dabei wesentliche historische Unterschiede. Damals ging es um die rascheste mögliche Beendigung eines verbrecherischen, auf Vernichtung und Eroberung gerichteten Krieges, heute in einer Zeit noch immer vorhandener atomarer Bedrohung allen Lebens auf der Erde, geht es um die Verhinderung eines neuen weltweiten Krieges, um die Verhinderung jeglicher Kriege und die Anwendung militärischer Gewalt. Damals sprachen vor allem die Waffen, heute sind Verhandlungen, politische Lösungen gefordert.

Was kann die Geschichte und die Erfahrung des Nationalkomitees einbringen? Da ist zu allererst der Einsatz für Frieden und für eine demokratische Zukunft unseres Volkes. Da ist ferner die Bündnispolitik, die die größte Breite und Wirksamkeit des antifaschistischen Widerstandskampfes erreichte. Dem Nationalkomitee war es gelungen Kommunisten, Sozialdemokraten, Christen, Zentrumsangehörige und Konservative unter einem Dach zu vereinen. Das NKfD stand jedem offen, ja selbst eingefleischten Nazis, man musste nur bereit sein, mit Hitler in Wort und Tat zu brechen. Die »Time« schrieb am 30. Oktober 1944, dass »sich das NKfD als effizienteste Organisation des deutschen Widerstandes erwiesen habe.

Und eine wichtige Tradition des NKfD findet sich im Artikel 12 ihres Dokumentes »25 Artikel zur Beendigung des Krieges«: »Der oberste Leitsatz des NKfD: Die Wahrheit sagen! Immer und unter allen Umständen, ob sie erfreulich ist oder bitter, Nur so wird unser tief enttäuschtes Volk Vertrauen gewinnen, dass es nicht wieder belogen wird. Was das NKfD gestern sagte, war Wahrheit. Die Ereignisse bestätigen es. Was das NKfD heute sagt, ist die Wahrheit und wird morgen seine Bestätigung finden.« – Ist das nicht ein Leitsatz für heute?

Hermann-Ernst Schauer

Ein einzigartiges Beispiel in der Geschichte

Zur Geschichte des Nationalkomitees »Freies Deutschland«

Der Krieg, der am 22. Juni 1941 von Deutschland gegen die Sowjetunion begonnen wurde, war ein Krieg, der bestehende Verträge brach, der selbst gegen das gesamte Kriegsvölkerrecht verstieß, ein Ausrottungs- und Vernichtungskrieg, der nichts und niemanden verschonte, der ohne Beispiel in der Geschichte war. Er beruhte auf der Lüge eines Präventivkrieges, auf Feindbildern gegenüber Menschen und deren Überzeugungen; er appellierte an die niedrigsten Instinkte in den deutschen Soldaten und Offizieren; er verhöhnnte die Traditionen des Humanismus, der Aufklärung, der Menschenliebe und des Christentums; er säte Hass. Jahrhunderte der Entwicklung des menschlichen Fortschritts wollte er auslöschen, zurückführen in die Barbarei. Dieser Krieg wurde von der Generation unserer Eltern in einer Weise geführt, die uns immer entsetzen wird.

Feindbilder dominierten

Dabei waren in der ersten Phase dieses Krieges, in der Zeit der militärischen Erfolge Hitlerdeutschlands, die Feindbilder bei den deutschen Soldaten zunächst überaus wirksam. Nur wenige Deutsche gerieten in sowjetische Kriegsgefangenschaft, und eine verschwindend geringe Minderheit unter diesen Frühgefangenen kam zur Einsicht in den abgründigen Charakter dieses Krieges. Sie wandten sich von Hitler ab und versuchten, ihre Überzeugung auch ihren Mitgefangenen in den Kriegsgefangenenlagern zu vermitteln. So entstanden die ersten Anfänge einer antifaschistischen Bewegung unter den deutschen Kriegsgefangenen. Sie blieb weitgehend erfolglos, zu intensiv wirkten die vermittelten Feindbilder nach; statt dessen kam es in den Gefangenenlagern zu hasserfüllten Auseinandersetzungen zwischen den Befürwortern und den Gegnern des von Hitler geführten Krieges.

Neue Sicht nach Stalingrad

Die Ereignisse der Schlacht um Stalingrad gaben der antifaschistischen Bewegung in den Kriegsgefangenenlagern zum Beginn des Jahres 1943 dann



Auftrieb: Einerseits stieg die Anzahl der deutschen Kriegsgefangenen nun sprunghaft an; andererseits hatten die Erfahrungen im Kessel von Stalingrad die persönlichen Überzeugungen der eingeschlossenen deutschen Soldaten auf das Tiefste erschüttert. Es war die Erfahrung des Verrats durch die eigene politische und militärische Führung, die Einsicht in den verbrecherischen Charakter dieses Krieges, der nun am eigenen Leibe erfahren wurde, auch die Frage nach dem Ausgang des Krieges und die Sorge um die Zukunft Deutschlands. Hinzu kamen die ersten Erfahrungen in der Kriegsgefangenschaft: Die befürchteten Erschießungen nach der Gefangennahme unterblieben, mehr noch: Immer wieder wird von der aufopferungsvollen Pflege des sowjetischen Sanitätspersonals berichtet, nachdem die endgültigen Kriegsgefangenenlager erreicht waren. Für viele Kriegsgefangene war dies eine tiefgehende Erfahrung, die ihre bisherigen Feindbilder nachhaltig erschütterte.

Der hierauf einsetzende Sinneswandel einer Anzahl deutscher Kriegsgefangener schuf die Voraussetzung für die Gründung des Nationalkomitees »Freies Deutschland«. Es ist deshalb außergewöhnlich, nahezu einzigartig, ohne Beispiel in der Geschichte, dass sich Soldaten und Offiziere nicht nur zur Abkehr von ihrem Kampfauftrag bew-

gen ließen, sondern aktiv tätig wurden gegen ihren bisherigen Kriegsherren. Es war eine Entscheidung gegen alle Tradition, Erziehung und Konvention, aus der Bedrängnis von Prägung, Einsicht, Erfahrung und patriotischer Gesinnung.

Der Humanismus einte

Noch etwas Bemerkenswertes trat hinzu: Kriegsgefangene und kommunistische Emigranten fanden hier in einer Gemeinschaft zusammen, die ihresgleichen suchte, und zwar in einer verbindenden nationalen Grundüberzeugung. Hier wirkten die unterschiedlichsten Persönlichkeiten und politischen Richtungen zusammen, die zuvor in Deutschland einander gegenübergestanden hatten.

Die Gründungsversammlung des Nationalkomitees fand am 12. und 13. Juli 1943 im Klubhaus des Mechanikwerkes in Krasnogorsk statt. Zum Präsidenten des Nationalkomitees wurde ein deutscher Emigrant, der kommunistische Schriftsteller Erich Weinert gewählt, zu Vizepräsidenten drei deutsche Soldaten, Leutnant Heinrich Graf von Einsiedel, ein Urenkel Bismarcks, Max Emendörfer, ein Kommunist, der zur Roten Armee übergelaufen war, sowie Major Karl Hetz. In Krasnogorsk wurde ein Manifest verabschiedet, das die Kriegslage beschrieb und zum Sturz Hitlers und zur Beendigung des Krieges aufrief. Das ►

Fortsetzung von Seite 14 Nationalkomitee hatte seinen offiziellen Sitz mit den Kriegsgefangenen in dem Dorf Lunjowo nordwestlich von Moskau, die beteiligten deutschen Emigranten.

Offiziere folgten später

Die höheren deutschen Offiziere hatten sich einer Teilnahme am Nationalkomitee zunächst verweigert. Mitte September 1943 wurde daraufhin in Lunjowo eine weitere Organisation ins Leben gerufen, der »Bund Deutscher Offiziere«, der sich mit dem Nationalkomitee zur Bewegung »Freies Deutschland« verband. Präsident des Offiziersbundes wurde der General der Artillerie Walther von Seydlitz, der sich gemeinsam mit drei weiteren deutschen Generälen aus dem Kessel von Stalingrad zum Kampf gegen Hitler entschlossen hatte. Ausschlaggebend für diese Entscheidung waren nicht nur die Erfahrungen in Stalingrad und die Sorge um die Zukunft Deutschlands, sondern auch eine sowjetische Zusage: Wenn es der Bewegung »Freies Deutschland« gelingen sollte, die Hitlerregierung mit Hilfe der Wehrmacht zu stürzen, ehe die kämpfenden Truppen das Gebiet des Deutschen Reiches erreichten, könne ein deutscher Staat in den Grenzen von 1937 fortbestehen.

Nachricht für die Heimat

Nach der Gründung des Nationalkomitees nahm ein Rundfunksender »Freies Deutschland« seinen Betrieb auf, der im gesamten Deutschen Reich empfangen werden konnte, es erschien die Wochenzeitung »Freies Deutschland«, die in Kriegsgefangenenlagern verteilt und über den Frontlinien abgeworfen wurde. Frontbevollmächtigte des Nationalkomitees gingen an alle Fronten der Roten Armee, sie wurden dort mit Flugblättern und Lautsprecherdurchsagen über die Frontlinie hinweg tätig, einzelne Beauftragte gingen über die Frontlinie und agitierten hinter den deutschen Linien; mehrere kamen dabei ums Leben.

Nach dem Zusammenbruch der deutschen Heeresgruppe Mitte im Juli 1944 bekannten sich weitere 17 der dort gefangenen deutschen Generäle zur Bewegung »Freies Deutschland«, ihr öffentlicher Aufruf zur Beendigung des Krieges und zum Sturz Hitlers blieb allerdings ebenso wirkungslos wie der Beitritt und Aufruf des Generalfeldmar-

schalls Friedrich Paulus im August 1944. Schließlich wandten sich im Dezember 1944 50 deutsche Generäle aus der sowjetischen Kriegsgefangenschaft heraus mit einem Aufruf an Volk und Wehrmacht, Hitler zu stürzen und den Krieg zu beenden: Ein einzigartiges Dokument von Einsicht und Verantwortung, spät zwar, aber immerhin. Sie alle bewegte keineswegs ein Bekenntnis zum Kommunismus, vielmehr die patriotische Sorge und Verantwortung um die Zukunft der gemeinsamen Heimat. Die nationalsozialistische Führung verschwieg zunächst die Existenz der Bewegung »Freies Deutschland«

. Minderheit geblieben

Die Angehörigen der Bewegung »Freies Deutschland« blieben dabei in sowjetischer Kriegsgefangenschaft unter ihren Mitgefangenen immer eine Minderheit, und sie sollten es auch später, nach ihrer Heimkehr, bleiben; in der Nachkriegszeit waren sie in Deutschland um ihrer Einsicht und ihres Handelns willen nur zu oft verfermt.

Alle Bemühungen, den Krieg vorzeitig zu beenden, blieben ohne Erfolg; zu verhärtet waren auf deutscher Seite die Feindbilder, zu tief wurzelte der in Generationen anerzogene Untertanengeist, zu schwach waren die humanistischen Überzeugungen, zu sehr hatte die nationalsozialistische Propaganda die deutsche Mentalität vereinnahmt.

Vor diesen Konsequenzen hatte die Bewegung »Freies Deutschland« gewarnt, hatte sie das eigene Land bewahren wollen. Wenn deshalb regelmäßig die Meinung vertreten wird, die Bewegung »Freies Deutschland« sei insgesamt ein Misserfolg gewesen, so möchte ich dem gleichwohl widersprechen: Sie hat bei nahezu allen Beteiligten eine Besinnung auf grundlegende Werte der menschlichen Existenz bewirkt und ihr weiteres Leben maßgeblich mitbestimmt. Der militärische Misserfolg der Zersetzungsarbeit ist relativ zu sehen: Wäre durch die Arbeit der Bewegung »Freies Deutschland« selbst nur ein einziges Menschenleben gerettet worden, auch dann wären deren Bemühungen insgesamt ein unbestreitbarer Erfolg.

Das Ende des Nationalkomitees und der Bewegung »Freies Deutschland« ist rasch erzählt: Nach dem Kriegsende kehrten 1945 die Emigranten, aber nur wenige der kriegsgefangenen Mitglieder

nach Deutschland zurück. Anfang November 1945 löste sich die Bewegung »Freies Deutschland« auf. Die meisten der Kriegsgefangenen wurden bis 1950 entlassen, nicht aber der ehemalige Präsident des Bundes Deutscher Offiziere: General Walther von Seydlitz wurde im Frühsommer 1950 ohne ausreichende Beweislage wegen angeblicher Kriegsverbrechen zu 25 Jahren Haft verurteilt; 1955 kehrte er im Rahmen der allgemeinen Entlassung der verbliebenen deutschen Kriegsgefangenen nach Deutschland zurück.

Für den Mut bestraft

Ein besonderes Schicksal war einem der Vizepräsidenten des Nationalkomitees vorbehalten, dem Kommunisten Max Emendörfer, der zur Roten Armee übergelaufen war. Er gehörte zu den ersten, die im Sommer 1945 nach Deutschland zurückkehrten, wurde bald danach unter einer falschen Beschuldigung verhaftet und in das Internierungslager nach Sachsenhausen bei Berlin gebracht, das ihm vertraut war: In diesem Konzentrationslager hatten ihn bereits bis 1937 die Nationalsozialisten inhaftiert. Emendörfer kam in die Sowjetunion zurück, wo er verschiedene Lager durchlief. Nach dem XX. Parteitag der KPdSU konnte auch er im Jahre 1956 nach Deutschland zurückkehren; er ging nicht nach Westdeutschland in seine Heimatstadt Frankfurt am Main, sondern in die DDR, denn er war nach wie vor überzeugter Kommunist.

Hans-Peter Bruchhäuser

(Aus einem Vortrag zur wissenschaftlichen Konferenz an der Russischen Staatlichen Sozialen Universität Dedovsk bei Moskau vom 8.-9. Mai 2009 am 8. Mai 2009 anlässlich des 64. Jahrestages der Beendigung des Großen Vaterländischen Krieges.)

Herausgeber: DRAFD e. V. (Verband Deutscher in der Résistance, in den Streitkräften der Antihitlerkoalition und der Bewegung »Freies Deutschland«) e.V., Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, **Verantwortlich:** Dr. Gisela Petruschka, **Kontakt:** mail@drafd.de **Redaktion und Gestaltung:** Juliane Haseloff, **Druck:** Media-Service, 10243 Berlin, **Redaktionsschluss:** 1. Oktober 2009

Namentlich unterzeichnete Beiträge entsprechen nicht immer der Meinung der Redaktion!

Einladung zur Jahresmitgliederversammlung 2009

Liebe Kameradinnen und Kameraden, am Sonnabend, dem 14. November 2009, findet unsere diesjährige ordentliche Mitgliederversammlung statt.

Veranstaltungsort:

ND-Gebäude
Seminarraum 2, 1.Etage
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin

Tagesordnung (Entwurf):

11.00 Uhr
Eröffnung der Versammlung, Abstimmung über die Tagesordnung, Wahl

des/der Versammlungsleiters/in, Wahl des/der Protokollanten/in

11.15 Uhr
Tätigkeitsbericht des Vorstandes, Kassenbericht, Revisionsbericht

11.45 Uhr
Diskussion

13.00 Uhr
Pause

13.30 Uhr
Vortrag von Prof. Dr. Doernberg:

»Aktuelle Lehren aus dem Zweiten Weltkrieg 1939-45«

Bitte bringen Sie jüngere Verwandte oder Bekannte zur Mitgliederversammlung mit, die uns helfen können, Projekte zu realisieren.

Darunter u.a. :
Überarbeitung der Kurzbiografien aus dem Jahr 2005, Aktualisierung der Ausstellungen »Deutsche in der Résistance« und »Weltweite Bewegung Freies Deutschland«, Mitwirkung am Internetauftritt der DRAFD“

Auszüge aus dem Tätigkeitsbericht

Im Gedenken an die historischen Ereignisse des Jahres 1939 konzentrierte der DRAFD-Vorstand seine Aktivitäten auf die enge Zusammenarbeit mit der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, mit der Rosa-Luxemburg und mit der VVN-BdA. So referierte der Vorsitzende Prof. Dr. Stefan Doernberg über die Bedeutung des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes vom 23. August 1939 im Verein »Helle Panke« sowie im Marxistischen Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei Die Linke.

Dr. Günter Wehner sprach über den heimtückischen Überfall auf Polen in der Peter-Weiss-Bibliothek in Marzahn-Hellersdorf.

In unserer DRAFD-Information schilderten Dr. Hermann-Ernst Schauer und Werner Knapp ihre persönlichen Erinnerungen. Kurt Hälker/Albert Ouzoulias würdigten das Wirken von Carlo Schönhaars in der Résistance.

Besondere Aufmerksamkeit widmete der Vorstand im zurückliegenden Berichtszeitraum dem Auftreten von Kameradinnen und Kameraden unseres Verbandes vor Jugendlichen an Schu-

len und anderen Einrichtungen, wie der »Begegnungsstätte PRO« in Berlin-Treptow sowie im Verein »Helle Panke«.

Im Ergebnis des Kontaktes mit dem »Netzwerk für Demokratie und Toleranz«, das eng mit der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin, Stauffenbergstr. Zusammenarbeitet, traten dort die Kameradin Nelly Sturm und die Kameraden Prof. Dr. Stefan Doernberg, Kurt Hälker und Werner Knapp zu dortigen Veranstaltungen auf. Ferner gab es Zeitzeugengespräche geführt mit der Kameradinnen Hanna Podymachina, Lore Krüger und den Kameraden Kurt Hälker und Werner Knapp am »Albert-Einstein«-Gymnasium in Potsdam nebst Gesprächen an dem »Mildred-Harnack-Gymnasium in Berlin-Lichtenberg mit Prof. Dr. Stefan Doernberg und Werner Knapp. Insgesamt wurden neben anderen öffentlichen Auftritten 13 Zeitzeugengespräche geführt.

Unsere Bemühungen unser Zeitzeugengesprächsprogramm über die Zeitung »Antifa« zu veröffentlichen fand dort unerklärlicher Weise kein Echo und erschien nicht. Im Ergebnis eines

persönlichen Kontaktes mit dem Praktikanten Malte Großmann an der Humboldt-Universität in Berlin werden im November dieses Jahres Veranstaltungen mit den Kameraden Dr. Hermann-Ernst Schauer und Hans Herzberg durchgeführt. Die »Antifa Initiative Moabit« beabsichtigt eine Vortragsreihe zu DRAFD-Themen zu organisieren.

Unabhängig von möglichen organisatorischen Veränderungen unseres Verbandes sollte der Traditionspflege in Form von Zeitzeugengesprächen große Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Am Tage der Begegnung am 13. September 2009 war durch die Initiative des Kameraden Dr. Hans Coppi die DRAFD mit ihrer Ausstellung die »999« präsent. Ein wichtiger Diskussionspunkt auf der Mitgliederversammlung im November 2008 das Thema Aufarbeitung unseres Archivmaterials konnte durch Vermittlung der Bundesgeschäftsstelle der VVN-BdA mittels einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme (ABM) realisiert werden. Seit März 2009 arbeitet außerordentlich engagiert Tatiana Artykhina daran, das umfangreiche Archivmaterial zu sortieren, zu katalogisieren und Findlisten zu erstellen und somit für die Forschung zu erschließen.

Name:

Vorname:

- Ja, ich nehme am 14. November 2009 an der Mitgliederversammlung teil
- Nein, ich kann leider an der Veranstaltung nicht teilnehmen.
- Ich möchte gern zum Thema.....

..... sprechen.

**Bitte bis zum 1. November 2008 ausgefüllt zurücksenden an
DRAFD, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin**